Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2418&koobi...

ESM: Grüne brüskieren ihre Basis

(4.7.2012) Zwar beteuern die Grünen im Parlament, dass sie dem ESM "ambivalent" gegenüberstehen oder behaupten, sie würden nur "mit Bauchweh" zustimmen - so oder so ist es ein Verrat der Abgeordneten an ihrer eigenen Partei.

Da gerade die Grünen in der Nationalratsdebatte besonders emotional agieren, sind sie sich dessen auch bewusst, dass sie nur Steigbügelhalter der Regierung sind. Sie ignorieren damit **einen Beschluss** der eigenen Partei und richten ihrer Basis, denen, die in Wahlkämpfen für die Abgeordneten rennen aus, dass sie irrelevant sind. Dieser Antrag - von Werner Kogler, Ulrike Lunacek und anderen - wurde im Parlament auf Wunsch eines Grünen von Gerald Grosz (BZÖ) zur Sprache gebracht. Das "Bauchweh" erinnert an jenes der derutschen Grünen. als sie in der Regierung NATO-Interventionen mitgetragen haben - im Übrigen gibt es **viele Gemeinsamkeiten** von östereichischen und deutschen Grünen....

Die Grünen spielen sich im Parlament oberlehrerhaft auf und rechnen vor, wie viele Stunden man sich mit wie vielen Seiten ESM-Vertrag befasst hat. Sie führen an, dass sie ja gegen den EU-Fiskalpakt stimmen - für diesen Beschluss braucht die Regierung aber keine Verfassungsmehrheit. Jedenfalls eigenen Vorstellungen nach, denn Experten weisen darauf hin, dass dies ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit benötigen würde.

Den Vogel schießt aber Werner Kogler ab, der grüne Budgetsprecher, der FPÖ und BZÖ NS-Rhetorik unterstellt. Da müssen noch Reste von Gewissen vorhanden sein, gerade weil Kogler sich brüstet, gegen undemokratische Regierungsvorgangsweise schon filibustert zu haben.

Peter Westenthaler vom BZÖ stellte in der Debatte fest, dass die Grünen immer zur Faschismuskeule greifen, und dass Kogler dabei fast die Tränen kamen. Allerdings wohl Krokodilstränen, denn es ist Strategie der Grünen, alle anderen ins rechtsextreme Eck zu stellen, auch deklarierte Antifaschisten etwa **im Konnex Bundesheer**.

Klarerweise zitiert das BZÖ auch genüßlich, dass es an der Basis der Grünen brodelt, wie es der **Standard** nennt. Angesichts einer österreichischen Haftung von mehr als 19 Milliarden €, was eine Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der EU in Artikel 136 notwendig macht, haben die Grünen einen schweren Stand.

Denn nun müssen die Mitgliedsstaaten für die Verbindlichkeiten anderer geradestehen im Gegensatz zur bisherigen No-Bail-out-Klausel. Der Standard nüchtern zum Einfluss der Grünen: "Für die konkrete Vergabe der Hilfszahlungen wird die Regierung die Zustimmung der Grünen in der Folge nicht mehr benötigen. Die Grünen beteuern trotzdem, auf die verantwortungsvolle Vergabe der Gelder zu pochen. Nicht zuletzt den Kritikern in den eigenen Reihen versuchen die Grünen ihre ESM-Verhandlungen als Erfolg zu verkaufen."

Allerdings weiß man, dass die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil gerade "große" EU-Staaten die selbstgeschaffenen Stabilitätskriterien nicht ernst nahmen und man auch die Täuschungsmanöver Griechenland bezüglich Einhalten der Kriterien akzeptierte. Dies veranschaulicht die Fernsehdoku **"Der große Euro-Schwindel"** recht gut, sodass sich die Frage stellt, wie diejenigen, die einander und anderen ihn die Tasche lügen, nun ganz ehrlich einen neuen Weg einschlagen sollten.

Hans Arsenovic, Sprecher der Wiener Grünen Wirtschaft und einer der Initiatoren des Steuergerechtigkeitsvolksbegehrens, ist schwer verärgert und verweist auf die Bedingungen des letzten Bundeskongresses für eine Zustimmung zum ESM: "Es wird ein Beschluss des Gremiums ignoriert. Wir agieren schon wie eine richtige Partei." Die Grünen lügen sich in die eigene Tasche, denn sie verweisen darauf, dass auch die Regierung für eine Finanztransaktionssteuer ist. Ein toller Verhandlungserfolg des grünen Klubs, wo doch etwa die SPÖ so sehr dafür kämpft, dass auch Rote ein Volksbegehren ins Leben riefen - das dann von Bundeskanzler Werner Faymann und Co. boykottiert wird.

Die Männer-Riesenpleite...
Grundsätzliches zum Grundeinkommen...
8 Thesen zum Grundeinkommen...
Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...
ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...
Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...
Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...
Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...
Armut und Diskriminierung sind weiblich...
Einkommensunterschiede: StadträÃ¤tin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...
(20.7.) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...
Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...
Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...
"Best of Business": Reine MÃ¤nnerwirtschaft...
(20.7.) Beatrix Karl ist Ã–AAB-GeneralsekretÃ¤rin...
Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...
3.8. "PraktikantIn gesucht!" Studie Ã¼ber Angebote in Ã–sterreich...
Minisicherung oder: Das Leben der anderen...
Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...
Bezahlen Frauen die MÃ¤nnerkrise?...
Diskriminierte Managerinnen...
Frauenarbeit in der Krise - GesprÃ¤ch mit Dwora Stein (GPA)...
Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...
Darf nur die Post zur Polizei?...
Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...
Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...
Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...
Frauen und Geld: Martina EschelmÃ¼ller-Futschik "TopFit for Money"...
Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...
"Klassenkampf" um die Mindestsicherung...
Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...
Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...
Kein guter Gender Gap Report fÃ¼r Ã–sterreich...
Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...
Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...
Volkskrankheit soziale Unterschiede...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 10.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2418&koobi...

Über Widerstand auch in der Bevölkerung geht Parteichef Eva Glawischnig ganz locker hinweg: "Alles schlecht finden ist easy" nennt der Standard ein **Interview**. Im Parlament lobt auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap die angebliche Mitbestimmung, denn Österreich habe ein "Vetorecht". Tatsächlich ist ein sogenannter Kapitalabruf durch das Direktorium des ESM möglich, ohne uns noch extra zu fragen. Bezugnehmend auf die 19 Milliarden €, die Österreich der ESM kostet, fordert Peter Fichtenbauer (FPÖ) eine Volksabstimmung, da es eine Gesamtänderung der Bundesverfassung ist, wenn über etwa ein Viertel des Staatshaushaltes extern unter Verletzung unserer Souveränität verfügt wird.

Neue grüne Linie - was nicht dazu gesagt wird: die Regierung hat ohnehin beschlossen,
dass sie für den Fiskalpakt nur die eigene, einfache Mehrheit benötigt...

Ein User hat auf Facebook recht gut zusammengefasst, worum es **beim ESM** geht: Die Entscheidungsgremien des ESM sind der Gouverneursrat und das Direktorium (Art. 5 und Art. 6 des ESM-Vertrags). Die Beschlussfähigkeit von Gouverneursrat und Direktorium ist gegeben, wenn 2/3 der Stimmen anwesend sind. Die Anwesenheit Österreichs oder Deutschlands, das den größten Teil in Höhe von 27,14% des ESM-Kapitals einzuzahlen hat, ist damit gar nicht erforderlich! Schon bei einer Anwesenheitspflicht von 3/4 wäre eine Anwesenheit zumindest Deutschlands verpflichtend gewesen – aber das wollten die Vertragsverfasser wohl vermeiden.

Die national-parlamentarische Verankerung des Gouverneursrats als Kontrollorgan entpuppt sich vielmehr als reine Augenwischerei. Der Gouverneursrat dient vielmehr dazu, das Direktorium, in dem die eigentliche Macht liegt, faktisch von der Kontrolle der nationalen Parlamente abzuschirmen. Das zeigt sich recht ungeschminkt bei dem wohl wichtigsten Aspekt: dem zusätzlichen Kapitalabruf durch den ESM.

Hierüber entscheidet zwar formal nach Art. 5 Abs. 6c der Gouverneursrat im „gegenseitigen Einvernehmen". Nach Art. 9 Abs. 2 kann jedoch das Direktorium mit einfacher Mehrheit – also auch gegen die deutsche Stimme – den Kapitalabruf selbst vornehmen, wenn ein Verlust entstanden ist. Dies ist zum einen eine sehr auffällige Abweichung vom in Art. 6 Abs. 5 geregelten normalen Zustimmungsbedarf von 80% der Stimmen.

Zum anderen macht es stutzig, dass der ESM-Vertragstext nichts darüber aussagt, was ein „Verlust" eigentlich ist. Ihn festzustellen obliegt vielmehr der Diskretion des Direktoriums (Art. 9 Abs. 4). Letzteres kann zum Beispiel den Erwerb einer Staatsanleihe – unabhängig von ihrem Kauf- und Marktwert – als Verlust gemäß einer Einnahmen-Ausgabenrechnung feststellen.

Faktisch erhält das Direktorium so einen Anspruch auf einen unlimitierten Geldbetrag, den er ohne Zustimmung der nationalen Parlamente von jedem ESM-Mitglied, das noch zahlungsfähig ist, abfordern kann. Mit anderen Worten: Das Direktorium hat Anspruch auf das Nachfüllen des Glases, das er austrinkt – und damit gehört ihm faktisch das Fass des Wirtes, der verpflichtet ist, das leere Glas nachzuschenken.

Anders als vielfach gedacht, ist der ESM volumensmäßig nach oben auch nicht beschränkt. Art. 8 Abs. 2 gibt dem Gouverneursrat die Möglichkeit, ein beliebig hohes Aufgeld (Agio) zu erheben, und zwar bei „besonderen Umständen", die aber nicht inhaltlich definiert werden.

Das bedeutet ein betragsmäßig unbegrenztes Agio: Mit den letzten 100 Euro genehmigtes Stammkapital könnten 10 Billionen Euro eingefordert werden! Auch ohne Mitwirkung Österreichs kann eine beliebige Haftungssumme formal korrekt erreicht werden.

Die Mitglieder des Gouverneursrates und des Direktoriums genießen nach Art. 35 persönliche Immunität in Bezug auf ihre Amtshandlungen, Schriftstücke und Unterlagen. Nach Art. 34 unterliegen sie der Schweigepflicht.

Die deutschen Vertreter im ESM dürfen also den Deutschen Bundestag gar nicht unterrichten beziehungsweise können eine Unterrichtung unter Verweis auf ihre Schweigepflicht ablehnen. Ein parlamentswidriges Abstimmen eines nationalen Vertreters im ESM

- ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...
- Geringe Nachfrage nach einkommensabhÃ¤ngigem Kindergeld...
- Warum Frauen manches (angeblich) besser kÃ¶nnen...
- Wollen Frauen wenig verdienen?...
- Neue Initiative zu Frauen in FÃ¼hrungspositionen...
- Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...
- Unternehmerinnen in Wien...
- Die Einkommenstransparenz kommt...
- Was bringt die Einkommenstransparenz?...
- Kundgebung für eine Sozialmilliarde...
- Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...
- Werben für mehr Väter in Karenz...
- Unternehmen und Krisenmanagement...
- Eine Keule für Christine Marek!...
- Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...
- Von Väterkarenz und Rabenmüttern...
- Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...
- Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...
- Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...
- Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...
- Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...
- Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...
- Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...
- Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...
- Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...
- Kampf gegen Frauenquoten...
- Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...
- Weniger weibliche Führungskräfte...
- Fairer Kaffeespot mit George Clooney...
- Unterwegs im Korruptionssumpf...
- Kampagne "Spielsachen fair machen!"...
- Standard & Poor's versus EU-Staaten...
- Attac zum EU-Gipfel...
- Disput über den EU-Fiskalpakt...
- Pressestunde mit dem Bundeskanzler...
- Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...
- Attac zum Rating für Österreich...
- Frauen wirtschaften erfolgreicher...
- Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...
- Finanzmarktpolitik und Gender...
- Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...
- Was Social Banking bewirken kann...
- Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...
- Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...
- SPÖ sabotiert eigene Forderungen...
- Rote Karte für adidas...
- Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...
- Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...
- ESM ohne Durchführungsbestimmungen...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag
Internetclipping erstellt am 10.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2418&koobi...

kann auch nicht durch nationales Recht geahndet werden. Dies gilt natürlich auch für Österreich.

Sollte ein Land die Auflagen der gewährten Hilfeleistung nicht einhalten, können die Hilfe gebenden Länder keine Einstellung der Hilfe bewirken, diese Entscheidung fasst allein das Direktorium (Art. 14). Der Gouverneursrat hat keine Möglichkeit, die Zahlungen zu stoppen, ein einzelnes Mitglied sowieso nicht.

Der ESM-Vertrag öffnet durch Art. 21 die Tür, eine unbeschränkte Schuldenfinanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB) abzuwickeln. In der Praxis würde es entweder so laufen, dass der ESM Anleihen begibt, diese an private Banken verkauft, die wiederum zum Kauf neues Geld von der EZB bekommen. Oder der ESM, wenn er erst einmal etabliert ist und Kredite braucht, erhält eine Banklizenz mit direktem Zugang zu billigem EZB-Geld. Das, was im Maastricht-Vertrag ausgeschlossen werden sollte, stellt der ESM also in Aussicht: Die EZB finanziert die Staatsschuld mit der Notenpresse.

Der ESM ist ein Trojanisches Pferd, um den nationalen Parlamenten ihre Budgethoheit zu nehmen – und zwar durch vertragsmäßige Überrumpelung, wie es scheint. Er entspringt im Kern dem Geist, der ein zentralistisch-sozialistisches Europa schaffen will, ein Europa, das viele Nationalbürger, einschließlich der Deutschen, vermutlich nicht wollten, als ihre nationale Währung in den Euro umgetauscht wurde.

*****

Während die Grünen darauf hoffen, dass Finanzministerin Maria Fekter, Österreichs Vertreterin im ESM-Gouverneursrat das Parlament informieren wird, erinnern sich viele an die Debatte zum unseren EU-Beitritt. Gerade geißelt Cap die rechte Opposition als diejenigen, denen man das Misstrauen aussprechen müsste, weil sie der Souvernänität Österreichs schaden. Er war vor dem Beitritt einer von jenen, die halbinformiert bei öffentlichen Diskussionen eingesetzt wurden. Der SPÖ-Klub briefte seine Abgeordneten nur mit wenigen Zitaten aus dem EU-Vertrag, über den eigentlich abgestimmt wurde, ohne dass man ihn der Bevölkerung zur Kenntnis brachte.

Dafür würde das Blaue vom Himmel versprochen, etwa der "Ederer-Tausender". Tatsächlich musste Österreich wegen der Konvergenzkriterien sparen, aber von Sparpaketen war vorher unehrlicherweise natürlich nicht die Rede. Auch die sicherheitspolitischen Implikationen, die Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, wurden tunlichst verschwiegen. Man musste sich damals, vor der Verbreitung des Internet, Infos auf schwierigere Weise als heute besorgen, aber es war natürlich möglich.

Die Grünen hatten damals ebenfalls eindeutige Bundeskongressbeschlüsse, die jedoch sabotiert wurden. Boykott, Anfeindungen, Intrigen wunderten mich - damals EU-Referentin bei den Wiener Grünen - jedoch nicht, da die Grünen bereits in Sachen Militärinterventionen von NATO/USA so agierten, als säßen die Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus. Wer verrät die Souveränität Österreichs und verletzt den Abgeordneteneid? Das waren etwa im Jahr 1992, als Peter Pilz, nach wie vor im Parlament, via profil-Interview eine Militärintervention in Bosnien forderte.

Kritik daran war höchst verpönt, alle Abgeordneten kuschten, es gab seltsame Kampagnen gegen Unbeugsame an der Basis. Verleumdungen, Existenzverlust waren die Folge." Easy" war es für die Abgeordneten - einfach bei Unrecht mitmachen und nicht weiter drüber nachdenken, wozu integer sein? Eigentlich hätten alle Abgeordneten zurücktreten müssen, weil sie das Instrumentalisieren ihrer eigenen Partei zuließen, unterstützen, deckten. Umso mehr jemand in der Partei begriff, was vor sich geht, umso totalitärer wurde mit ihm (und ihr, denn ich war eine, die erkannte, was geschieht) umgegangen. Bis heute gibt es keine Einsicht der Grünen, keine Gesten. Man tat alles, um Menschen loszuwerden, die integer sind und loyal zu ihrem eigenen Land - auch und gerade Menschen, die die Grünen einst gründeten.

Infos:
Attac (nochmals) an Fischer zu EU-Fiskalpakt
Verfassungsklage gegen ESM angestrebt
ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer (einfach online unterstützen)
Gerhard Köfer, eine rote Stimme gegen den ESM
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition? (Grüne und BZÖ dafür, FPÖ zögert)
Der große Euro-Schwindel - Die Doku "Der große Euro-Schwindel" berichtet davon, wie die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil man selbstgegebene Regeln nicht ernst nahm.
Solidarität mit Sonja Ablinger: Weil sie als einzige in der roten Parlamentsfraktion gegen den Fiskalpakt stimmte, wird Sonja Ablinger unter Druck gesetzt. Der Aufruf, den jede/r auch mit Kommentar unterstützen kann, trägt den Titel "Die 57. Stimme".
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt

- Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...
- Der große Euro-Schwindel...
- Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...
- Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...
- Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...
- Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...
- ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer...
- Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...
- Attac an Fischer zu EU-Fiskalpakt...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 10.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2418&koobi...

Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten: Attac und die ErstunterzeichnerInnen von "Unser Europa" wenden sich in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinz Fischer. Sie fordern ihn auf, den EU-Fiskalpakt nicht zu unterschreiben.
Attac-Mailaktion zum Fiskalpakt
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt: Das Marie Jahoha - Otto Bauer Institut in Linz wendet sich in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten.
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt: Attac appelliert per Presseaussendung an die Abgeordneten und an die Öffentlichkeit: Regierung riskiert Verfassungskrise – ESM und Fiskalpakt übertragen „Modell Griechenland" auf ganz Europa
Fiskalpakt: roter Aufstand abgesagt: Bei der Abstimmung über den EU-Fiskalpakt, wird sich der "Aufstand der SPÖ" darauf beschränken, dass Sonja Ablinger (OÖ) ein Nein artikuliert.
Die Grünen und die Regierung - Grüne ermöglichen Verfassungsmehrheit für ESM
ESM ohne Durchführungsbestimmungen - diese werden den österreichischen Abgeordneten vorenthalten

****

Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Zur Zukunft von Ceiberweiber

Gefällt mir Registrieren, um sehen zu können, was deinen Freunden gefällt.

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

WEITERLEITEN DRUCKEN

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 10.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at